

Hintergrundinformationen  
September 2008

## Demokratie und die Vereinten Nationen

Demokratie zählt zu den universellen und unteilbaren Grundwerten und Prinzipien der Vereinten Nationen. Sie basiert auf Meinungsfreiheit und ist sehr eng mit Rechtsstaatlichkeit und der Ausübung von Menschenrechten und Grundfreiheiten verbunden.<sup>1</sup>

### Demokratie im Völkerrecht

Obwohl das Wort „Demokratie“ nicht in der Charta der Vereinten Nationen enthalten ist, spiegeln die Anfangsworte der Präambel „Wir, die Völker der Vereinten Nationen“ das grundlegende Prinzip der Demokratie wieder und verdeutlichen, dass die Legitimität souveräner Staaten und somit der Vereinten Nationen auf dem Willen des Volkes basiert.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die im Jahr 1948 von der Generalversammlung angenommen wurde, definiert das Konzept der Demokratie klar mit den Worten: „Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt.“<sup>2</sup> In der Erklärung werden die Rechte, die die politische Teilhabe gewährleisten, festgelegt. Seit ihrer Verkündung fungiert sie überall auf der Welt als Vorbild für Verfassungen und hat wesentlich zur weltweiten Akzeptanz von Demokratie als universellem Wert beigetragen.<sup>3</sup>



**Wähler in Burundi nach dem Wahlakt zeigen die Tintenflecke auf ihren Daumen.**  
Foto: Gaspard Nakumuryango

Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966 bildet im Völkerrecht die Basis für die Prinzipien der Demokratie. Von besonderer Wichtigkeit sind:

- das Recht auf freie Meinungsäußerung (Artikel 19); das Recht, sich friedlich zu versammeln (Artikel 21);
- das Recht, sich frei mit anderen zusammenzuschließen (Artikel 22);
- das Recht und die Möglichkeit an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen (Artikel 25);
- das Recht bei echten, wiederkehrenden, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen, bei denen die freie Äußerung des Wählerwillens gewährleistet ist, zu wählen und gewählt zu werden (Artikel 25).<sup>4</sup>

Der Pakt ist für die Staaten bindend, die ihn ratifiziert haben. Mit Stand August 2008 beträgt die Zahl der Mitglieder 162; das sind etwa 80 Prozent der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen.

### Weltweite Unterstützung der Demokratie

Die Maßnahmen, die von den Vereinten Nationen zur Unterstützung von Demokratie und Regierungsführung unternommen werden, werden unter anderem vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), vom Demokratiefonds der Vereinten Nationen (UNDEF) und vom Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) umgesetzt. Diese Maßnahmen sind bei der Förderung der Menschenrechte, der Entwicklung, des Friedens und der Sicherheit durch die Vereinten Nationen nicht wegzudenken und beinhalten folgende Punkte:

- Unterstützung von Parlamenten und dezentralisierten, lokalen Regierungsstrukturen, um die Gewaltenteilung zu verbessern, wodurch Demokratie gefördert wird;
- Förderung der Achtung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und des Zugangs zum Justizsystem, um die Unparteilichkeit und die Effizienz der nationalen Menschenrechtsmechanismen und des Justizwesens zu stärken;
- Sicherung der freien Meinungsäußerung und des Zugangs zu Informationen durch die Stärkung der Gesetzgebung und des Leistungsvermögens der Medien;
- Wahlhilfe und langfristige Unterstützung der Wahlbeobachtungsgremien sowie
- Förderung der Mitwirkungsmöglichkeiten für Frauen in der Politik.



**Wähler stehen Schlange, um in der Region Gulmi, westliches Nepal, ihre Stimme abgeben zu können.**

Foto: OHCHR

Etwa 1,5 Milliarden US-Dollar werden allein vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) jährlich aufgewendet, um Demokratie-Förderungsmaßnahmen auf der ganzen Welt zu unterstützen. Damit sind die Vereinten Nationen weltweit einer der größten Anbieter für technische Zusammenarbeit im Bereich Demokratie und Regierungsführung.

Die politische Arbeit der Vereinten Nationen setzt die Förderung von Demokratie voraus. Die Entwicklungsorganisationen bemühen sich um die Stärkung nationaler Organe, die das Fundament jeder Demokratie bilden, wie Parlamente, Wahlkommissionen und Justizsysteme. Außerdem unterstützen die Maßnahmen, die auf dem Gebiet der Menschenrechte unternommen werden, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht, sich frei mit anderen zusammenzuschließen, das politische Mitspracherecht und die Rechtsstaatlichkeit – alles wichtige Eigenschaften einer Demokratie.

### **Die Generalversammlung der Vereinten Nationen und Demokratie**

Seit 1988 hat die Generalversammlung jährlich mindestens eine Resolution verabschiedet, die sich mit gewissen Aspekten der Demokratie beschäftigt. Aus den großen Konferenzen und Gipfeltreffen der Vereinten Nationen ist seit den neunziger Jahren Demokratie als Querschnittsthema hervorgegangen und spielt auch bei den international vereinbarten Entwicklungszielen, wie z.B. den Millenniums-Entwicklungszielen, eine entscheidende Rolle. Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen haben bei dem Weltgipfel im September 2005 erneut bestätigt, dass „Demokratie ein universeller Wert ist, der auf der freien Meinungsäußerung basiert, und Menschen ermöglicht, das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle System ihres Landes zu beeinflussen und an allen Entscheidungen, die sie und ihr Leben betreffen, aktiv teilnehmen zu können“.<sup>5</sup>

Das Ergebnisdokument des Gipfels hob ebenfalls hervor, dass „Demokratie, Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte sowie der Grundfreiheiten voneinander abhängen, sich gegenseitig beeinflussen und auch verstärken“. Zusätzlich wird in dem Dokument aufgezeigt, dass „obwohl Demokratien viele Eigenschaften teilen, es doch kein Standardmodell für eine Demokratie gibt“.

Fünf Jahre davor riefen führende Politiker der Welt in der Millenniums-Erklärung dazu auf, keine Mühen zu scheuen, um Demokratie zu fördern und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten zu stärken. Sie haben sich in allen Ländern erfolgreich für den Schutz und die Förderung von zivilen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten für alle Menschen eingesetzt und haben zudem die Kapazität aller Staaten gestärkt, die Prinzipien und Verfahren von Demokratie und die Achtung der Menschenrechte umzusetzen.<sup>6</sup>

### **Der erste Internationale Tag der Demokratie**

Am 8. November 2007 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen den 15. September zum Internationalen Tag der Demokratie erklärt und rief alle Mitgliedstaaten, alle Organisationen der Vereinten Nationen und andere regionale und zwischenstaatliche Organisationen sowie nichtstaatliche Organisationen dazu auf, diesen Tag zu begehen. Der Internationale Tag der

Demokratie gibt Anlass dazu, sich mit dem Stand der Demokratie in der Welt auseinanderzusetzen. Demokratie bedeutet nicht nur Entwicklung, sondern ist auch das Ziel der Entwicklung. Nur durch die vollständige Teilnahme und Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, der nationalen Regierungsorgane, der Zivilbevölkerung und allen Menschen auf der Welt kann sich Demokratie voll entfalten und jedem überall zugute kommen.

\* \* \* \* \*

---

<sup>1</sup> Ergebnisdokument des Weltgipfels 2005, Paragraph 119

<sup>2</sup> Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel, 21

<sup>3</sup> „In größerer Freiheit: Auf dem Weg zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten für alle“ UN Dok. A/59/2005, Absatz 148

<sup>4</sup> Resolution der Generalversammlung 2200A (XXI)

<sup>5</sup> Ergebnisdokument des Weltgipfels, Paragraph 135

<sup>6</sup> Resolution der Generalversammlung A/res/55/2